

30
78

Union in Deutschland

Bonn, den 31. August 1978

Am Ende stunde Weimar

33 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, 29 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland sind die Bürger unseres Staates in den vergangenen Wochen Zeugen eines Vorgangs geworden, der keinen Demokraten gleichgültig lassen kann. Hierzu stellt Helmut Kohl folgendes fest:

Der Feldzug gegen Hans Filbinger hat eine entscheidende Frage aufgeworfen — die Frage, ob wir uns eine „Vergangenheitsbewältigung“ leisten können, bei der nach einem geradezu pharisäischen Schnittmuster vorgegangen wird: Wer als NSDAP-Mitglied nach 1945 den Weg zur SPD fand, ist als Geläuterter für immer tabu; wer aber nach Kriegsende in anderen demokratischen Parteien tätig wurde, sitzt als Unbelehrbarer für immer auf der nationalen Anklagebank.

Ich sage offen, was ich von dieser Art „Vergangenheitsbewältigung“ halte: Sie ist geeignet, das deutsche Volk innerlich zu spalten, weil sie einem Denken Vorschub leistet, das Gift ist für ein demokratisches Gemeinwesen: Dem Denken in Freund-Feind-Begriffen. Wer das Schicksal der ersten deutschen Republik vor Augen hat, muß dafür kämpfen, daß sich nationale Selbstzerfleischung mit all ihren verderblichen, ja verhängnisvollen Folgen für das Verhältnis zwischen Bürger und

Weiter auf Seite 2

■ TERRORISMUS

Diese Regierung schaut nur gebannt auf den nächsten Anschlag

Seite 5

■ STEUERPAKET

Streit um Gemeindefinanzen lähmmt Handlungsfähigkeit der Koalition

Seite 7

■ KOALITION

FDP-Linke gründeten „Liberalen Bund“

Seite 9

■ BUNDESTAG

Sieben-Punkte-Programm der Union, „Die Zukunftschancen der jungen Generation“, eingebracht

Seite 11

■ STRUKTURPOLITIK

Strukturschwache Räume wurden bisher straflich vernachlässigt

Seite 13

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Hinweise für die Mitgliederwerbung

rosa Teil

■ UID-EXTRA

Genossen-Filz in der Provinz

gelber Teil

■ DOKUMENTATION

Der Föderalismus — Grundlagen, Probleme, Tendenzen

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Staat nicht mehr wiederholt. Das sind wir als verantwortliche Politiker nicht nur unseren Bürgern — das sind wir auch uns selber schuldig.

Was ist zu tun, wenn der innere Frieden in unserem Lande nicht dauerhaften, gefährlichen Schaden nehmen soll?

Wenn wir Deutsche — um ein Wort Eugen Gerstenmaiers aufzugreifen — eine „geschichtsfähige Nation“ bleiben wollen, müssen wir wieder ein angemessenes, unverkrampftes Verhältnis zu unserer eigenen Geschichte gewinnen. Ein Volk, das sich gegen seine eigene Geschichte abkapselt und seine Vergangenheit nicht mehr kennt, ist nicht fähig, die Gegenwart zu begreifen — und vermag die für die Zukunft notwendigen Entscheidungen nicht mehr zu treffen.

Wer urteilen will — auch und gerade über die düsteren Kapitel der Geschichte —, der muß wissen, wie es damals tatsächlich gewesen ist, der muß eine Vorstellung haben vom totalitären Staat, vom Räderwerk einer Diktatur, von der Lage derer, die unter dem Joch einer zynischen, zum Selbstzweck erhobenen Gewalt leben und arbeiten mußten.

Historisches Wissen ist durch nichts zu ersetzen — schon gar nicht durch eine einäugige politische Moral, die dem

einen anklägerisch vorhält, was sie dem anderen stillschweigend nachsieht. Wir brauchen gewissenhafte Argumente, wenn wir uns mit jenen schrecklichen Jahren deutscher Geschichte auseinandersetzen wollen; Argumentation setzt aber Wissen voraus. Wenn kein historisches Wissen mehr vermittelt wird — und wer wollte bestreiten, daß der Geschichtsunterricht aus den Lehrplänen unserer Schulen nahezu verschwunden ist —, dann tritt an die Stelle des Urteils das eifernde Vorurteil. Dann breitet sich ein Klima ideologischer Gereiztheit aus, das jeden Ansatz eines Gesprächs zwischen den Generationen — geschweige denn: einer Verständigung — im Keim erstickt.

Als Angehöriger einer Generation, die so spät geboren wurde, daß sie nicht mehr in das Räderwerk der nationalsozialistischen Diktatur verstrickt werden konnte, kann ich nur dazu aufrufen, eine „Vergangenheitsbewältigung“ zu beenden, die nichts „bewältigt“ — das ist ohnehin nicht möglich —, dafür aber alles erschüttern und zerstören könnte, was wir gemeinsam in 30 Jahren aufgebaut haben.

Wenn wir den inneren Frieden in unserem Lande erhalten wollen, müssen wir auf einem Weg umkehren, an dessen Ende nur Weimar stehen könnte: Das unversöhnliche Gegeneinander der Demokraten, das nur den Feinden der Demokratie nutzen kann.

Brandt diffamiert weiter

In scharfer Form hat sich Helmut Kohl gegen die vom SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in einem „Spiegel“-Interview vom Montag (28. August 1978) Hans Filbinger unterstellte Äußerung verwahrt, er (Filbinger) habe im Zusam-

menhang mit seiner früheren Tätigkeit als Marine-Richter den Ausspruch getan: „Was damals rechtens war, kann heute nicht unrecht sein.“ Helmut Kohl verwies in seiner Erwiderung auf die diesbezügliche Klarstellung Filbingers

25. September Antragsschluß

Nach dem Ende der Urlaubszeit ist die Diskussion in der Partei über den Entwurf für ein Grundsatzprogramm in ihre letzte intensive Phase getreten. Bei der Bundesgeschäftsstelle sind inzwischen die ersten Anträge von Kreisverbänden und Bundesvereinigungen eingegangen. Damit kein Diskussionsbeitrag verlorenginge und sich damit niemand umsonst Mühe macht, sei noch einmal auf folgendes hingewiesen:

1. Bei den Beratungen des Bundesparteitages können nur die Anträge von antragsberechtigten Parteimitgliedern, d. h. von Landesverbänden, Kreisverbänden und Bundesvereinigungen, berücksichtigt werden. Alle Stellungnahmen und Änderungsvorschläge von Stadt-/Gemeindeverbänden, Ortsverbänden oder Einzelpersonen müssen deshalb in die Willensbildung der antragsberechtigten Parteigliederungen eingebracht werden.
2. Antragsschluß ist der 25. September. Nur Anträge, die bis zu diesem Datum in der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind, können in der Antrags Broschüre und damit bei der Beratung des Bundesparteitages berücksichtigt werden. Von diesem Termin kann es keine Ausnahmen geben. Daher ist streng darauf zu achten, daß die Anträge fristgerecht der Bundesgeschäftsstelle vorliegen.

in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 16. Juni 1978. In dieser heißt es u. a.:

„Ich habe alle meine Aussagen, Pressemitteilungen und Bänder überprüfen lassen mit dem Ergebnis, daß ich eine derartige Erklärung nicht abgegeben habe. Nur das Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel‘ legt ein Gespräch so aus, das am Himmelfahrtstag in meiner Wohnung geführt wurde. Damals habe ich mich aber nur gegen den Vorwurf der Journalisten gewehrt, ich hätte im Fall Grüner das damalige Recht gebeugt. Dieser Vorwurf ist inzwischen durch das Urteil des Landgerichts Stuttgart widerlegt.“

Helmut Kohl hob hervor, daß der SPD-Vorsitzende Brandt nicht so töricht sein könne, daß er nicht habe erkennen können, was von Hans Filbinger wirklich gemeint worden sei, und daß er ungeprüft ein aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat gegen ihn benutze.

Brandt könne es offenbar nicht unterlassen, den politischen Gegner weiter zu diffamieren.

Blüm spricht Bedauern aus

Dr. Norbert Blüm hat das nachfolgende persönliche Schreiben an Helmut Kohl gerichtet: Um Verstrickungen und Zusammenhänge deutlich zu machen, habe ich in der Diskussion über Hans Filbinger einen Beitrag in der SOZIALEN ORDNUNG und im SPIEGEL geschrieben, in dem die Sätze stehen: „ob einer im KZ Hitler gedient hat oder an der Front, macht in meinen Augen nur einen graduellen Unterschied aus. Das KZ stand schließlich nur so lange, wie die Front hielt.“

Ich habe viele Briefe erhalten und Gespräche geführt. Dabei ist mir klar geworden, daß die meisten Leser die Sätze als moralische Gleichsetzung der Soldaten mit KZ-Bewachern verstehen mußten. Das war nie meine Meinung. Deshalb will ich die Sätze nicht aufrechterhalten. Ich bedaure, daß ich die Gefühle vieler Menschen verletzt habe.

■ INFORMATION

Glückwünsche zur Wahl des neuen Papstes

Der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Helmut Kohl, hat an Papst Johannes Paul I. das folgende Telegramm gerichtet: „Im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands darf ich meine Freude über Ihre Wahl zum Oberhaupt der Katholischen Kirche zum Ausdruck bringen. Unsere guten Wünsche verbinden sich mit unserer Hoffnung, daß es Ihnen mit Gottes Hilfe gelingen möge, den Frieden zu stärken, die Gerechtigkeit zu vergrößern und die Zusammenarbeit überall in der Welt zu fördern. Wir wünschen Ihnen ein langes und erfolgreiches Pontifikat, das zur geistigen Erneuerung in einer Welt beitragen möge, in der die große Zahl von Konflikten den Menschen die Hoffnung zu nehmen droht. Die Hoffnungen der Menschen richten sich auf Wahrheit und Gerechtigkeit, und wir wünschen Ihnen, daß Ihre Arbeit wie die Ihrer Vorgänger, deren Namen Sie zu Ihrem eigenen gemacht haben, der Katholischen Kirche und der ganzen Menschheit zugute kommen möge.“

Dregger: Jugendsünden interessieren nicht

Gegen Verfassungsschnüffelei an Schulen hat sich Alfred Dregger ausgesprochen. Bei einer Übernahme in den öffentlichen Dienst dürfe keinem Beamtenanwärter vorgehalten werden, daß er sich als Schüler einmal extrem geäußert habe, sagte Dregger in einem Rundfunkinterview: „Jugendsünden interes-

sieren mich nicht.“ Entscheidend für eine Übernahme in den öffentlichen Dienst dürften nur der Zeitpunkt der Einstellung sowie meßbare Tatbestände wie die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation oder verfassungsfeindliche Aktionen sein.

Hellmut Holle im Amt

Am 21. August 1978 hat Hellmut Holle sein Amt als Bundesgeschäftsführer der Christlich Demokratischen Union Deutschlands angetreten. Der neue CDU-Bundesgeschäftsführer ist Rechtsanwalt und war bisher Direktor im Zentralbereich Finanzen der DEMAG AG in Duisburg. Generalsekretär Heiner Geißler hatte Hellmut Holle im Juni im Einvernehmen mit dem CDU-Präsidium zum Nachfolger von Karl-Heinz Bilke bestellt, der im September sein neues Amt als Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung übernimmt.

Rüge für das Bundespresseamt

Zu einem sorgsameren Umgang mit dem Geld des Steuerzahlers forderte der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Josef Unland das Bundespresseamt auf. Er kommentierte damit die Antwort dieses Amtes auf kritische Fragen, die er zu der Anzeige „Frau Müller kauft ein Hemd aus Ceylon. Das sichert ihrem Mann die Arbeit“ an die Bundesregierung gerichtet hatte. Die redaktionelle Verantwortung für die Anzeige, die von Unland als stark vereinfachte bzw. sachlich unvollständige und damit falsche Darstellung der internationalen Arbeitsteilung bezeichnet wurde, lag beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, das eine Abstimmung mit dem Bundeswirtschaftsministerium nicht für notwendig gehalten hatte.

■ TERRORISMUS-BEKÄMPFUNG

Diese Regierung schaut nur gebannt auf den nächsten Anschlag

Es ist eine schreckliche Vorstellung, daß die Schleyer-Mörder mit einem Hubschrauber unbehelligt über der Bundesrepublik operieren konnten. Um so bestürzender ist, daß ein Jahr nach der Ermordung von Hanns Martin Schleyer nur wenige kümmerliche Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedet werden konnten. Wo bleibt zum Beispiel die Sicherungsverwahrung für terroristische Gewalttäter? Hier ist erneut der Bundeskanzler gefordert. Aber seine Regierung ist gelähmt und starrt nur gebannt auf den nächsten Terroranschlag.

Dies erklärte Helmut Kohl zu den jüngsten Pannen bei der Terroristenfahndung, über die von den Massenmedien seit Tagen ausführlich berichtet wird, ohne daß klare Verantwortlichkeiten aufgezeigt werden. Die Union wird deshalb nicht nachlassen, eine umfassende und ungeschminkte Aufklärung zu fordern. Erst nach hartem Drängen und Druck der Öffentlichkeit fand sich der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Wernitz (SPD), bereit, die von der Union beantragte Sonder sitzung einzuberufen. Die Berichte, die der Bundesinnenminister und der BKA-Chef bisher gegeben haben, werfen mehr Fragen auf als sie beantworten. Hierzu der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Warum wurde nur observiert und nicht durchsucht? Stimmt es, daß BKA-Chef und Bundesinnenminister erst nach der Panne über den gesamten Vorgang unterrichtet wurden? Mögliche terroristische Aktivitäten aus der Luft gehören ja noch nicht zur Routine.

Zweite Frage: Welchen Auftrag hatten die Zielfahnder? Sollten sie nur observieren oder auch zugreifen? Hatte das BKA ein Fahndungskonzept?

Dritte Frage: Wieviel Fahnder welcher Qualifikation waren eingesetzt? Standen sie unter dem Kommando eines einsatzerfahrenen Beamten des höheren Dienstes? Verfügt das BKA überhaupt über solche Beamte in ausreichender Zahl? Kriminaltechnik und Kriminalinformatik sind etwas anderes als Fahndung.

Ich bin der Meinung, daß nicht erst bei letzter Sicherheit zu durchsuchen ist, sondern bei hinreichendem Verdacht. Wenn ich die Gesamtbilanz der Bekämpfung des Terrorismus ziehen soll in den zurückliegenden Jahren, dann muß ich sagen: In der Gesetzgebung völlige Lähmung, nachdem die Koalition ihre Entscheidung an Coppik und Genossen abgetreten hat. In der geistig-ideologischen Auseinandersetzung bei SPD und FDP völlige Funkstille. Man hat den Eindruck, daß einige sich mehr vor der Macht der Polizei fürchten als vor der Macht der Terroristen.

In der Fahndung eine Panne nach der anderen. Alle diese Pannen können

nicht auf Zufällen beruhen. Ich glaube, daß die Verunsicherung der Sicherheitsdienste eine entscheidende Ursache ist. Und deshalb glaube ich auch nicht daran, daß die Innere Sicherheit in diesem Lande unter dieser Koalition wiederhergestellt werden kann.

Nachfolgend die von der CDU/CSU-Faktion im Bundestag vorgelegten und von der SPD/FDP-Mehrheit kategorisch abgelehnten Vorschläge für eine wirkungsvollere Terroristenbekämpfung (vgl. UID-Extra 26/6. 7. 78).

① Möglichkeit der Überwachung der Gespräche zwischen Verteidigern und inhaftierten Terroristen.

② Heraufsetzung des Höchstmaßes der zeitigen Freiheitsstrafe auf 20 Jahre bei bestimmten schweren Gewaltdelikten.

③ Erschwerung der Strafaussetzung zur Bewährung.

④ Erweiterung des Anwendungsbereichs der Sicherungsverwahrung auf Ersttäter.

⑤ Einstufung der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) als Verbrechen.

⑥ Verschärfung der Vorschrift des Landfriedensbruchs (§ 125 StGB) (Wiedereinführung der Strafbarkeit der Teilnahme an und des sich Nichtentfernens von einer gewalttätigen Demonstration) und der Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten (§ 126 StGB).

⑦ Erhöhung des Strafmaßes für Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Diebstahl von Waffen, Ergänzung der Strafbestimmungen gegen die Propagierung von Gewalt.

⑧ Möglichkeit der Strafmilderung und des Absehens von Strafe, wenn ein Tä-

ter sich darum bemüht, Straftaten terroristischer Vereinigungen zu verhindern oder zur Aufklärung beizutragen.

⑨ Erstinstanzliche Zuständigkeit des Bundesgerichtshofes in Terroristenverfahren oder die Konzentration bei bestimmten Oberlandesgerichten..

⑩ Neuregelung der gesetzlichen Bestimmung über Zwangsernährung. Die Zwangsernährung muß gegen den freien Willen des Gefangenen unzulässig sein, damit der Staat nicht mehr durch Hungerstreiks erpreßt werden kann. Medizinische Ernährung ist zulässig, solange der Gefangene ohne Bewußtsein ist.

Nach den Morden an Buback, Ponto und Schleyer haben führende Politiker von SPD und FDP, voran Bundeskanzler Schmidt, mit markigen Worten eine umfassende Offensive gegen den Terrorismus angekündigt und die „Gemeinsamkeit der Demokraten“ beschworen. Hier einige Zitate, an die wir Sie erinnern sollten:

Die Menschen in diesem Lande erwarten mit Recht, daß alle Demokraten gemeinsam und einheitlich der terroristischen Herausforderung unseres Rechtsstaates widerstehen.

Herbert Wehner

Die Bundesregierung und alle Parteien und Fraktionen des Deutschen Bundestages werden angesichts der gegenwärtigen schweren Belastungen alles tun, um die Fähigkeit des Staates, seine Bürger zu schützen, zu wahren.

Bundeskanzler Schmidt

Wenn der Bürger das Gefühl hat, daß der Staat seine Familie, sein Leben, seine Gesundheit und sein Eigentum nicht schützen kann, dann wird er diesen Staat nicht bejahren.

Innenminister Baum, FDP

■ STEUERPAKET

Streit um Gemeindefinanzen lähmt Handlungsfähigkeit der Koalition

Die vom Bundeskabinett versprochene Abschaffung der Lohnsummensteuer entpuppt sich immer mehr als eine Bombe mit Zeitzünder. Innerhalb von SPD und FDP und zwischen beiden Parteien herrscht um das Steuerpaket der Bundesregierung ein geradezu totaler Wirrwarr. Besonders in der SPD wächst der Widerstand gegen die Steuerpläne des Kabinetts, während die FDP jede Verhandlung über eine Änderung des Paketes abgelehnt hat. Bei dem Krach innerhalb der Koalition geht es nicht nur um die Abschaffung der Lohnsummensteuer, sondern auch um die weitere Heraufsetzung der Mehrwertsteuer sowie die Erhöhung der Freibeträge.

Die Oberbürgermeister von zwölf SPD-regierten Großstädten in Nordrhein-Westfalen haben Bundesfinanzminister Hans Mattheöfer während eines etwa dreistündigen Gesprächs in Essen drastisch deutlich gemacht, sie würden „ihre“ sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten dazu veranlassen, dem Steuerpaket — oder zumindest dem Wegfall der Lohnsummensteuer — die Zustimmung zu versagen, wenn nicht für jede einzelne der betroffenen Gemeinden vorher haargenau ein Ausgleich geschaffen werde.

Die Kampfansage des „roten“ Ruhrgebiets ist um so brisanter, als die Koalition im Bundestag allenfalls vier Nein-

stimmen aus den eigenen Reihen verkraften kann, wenn die Steuerbeschlüsse den Bundestag passieren.

Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) erklärte sich indessen gegen die Herauslösung der Lohnsummensteuer aus dem Regierungspaket und stellte fest: „Das fein austarierte Steuergleichgewicht der Koalition droht aus der Balance zu kommen.“

Daraufhin erwiderte der SPD-Abgeordnete Schmitt-Vockenhausen: „Es wäre gut, wenn der Graf Lambsdorff an dem Ausgleich mitarbeiten würde. Das ist eine gute Möglichkeit für ihn, sein umfangreiches Wissen auf allen Gebieten auch da unter Beweis zu stellen. Das kann uns sehr helfen. Wir sehen jedem Vorschlag dankbar entgegen.“

Bremens Bürgermeister und stellvertretender Parteivorsitzender der SPD, Hans Koschnick: „Ich bin der Meinung, daß es eine Koalitionsfrage dann werden kann, wenn ein Teil der Koalition nicht bereit ist, das gemeinsam Beschlossene zu realisieren. Und beschlossen ist: voller Ersatz für die Lohnsummensteuer.“

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Bruno Friedrich, meinte daraufhin: „Die Aufregung, die in den letzten Tagen um das Steuerpaket entstanden ist, wäre der SPD erspart geblieben, hätten sich alle nach der Heimkehr aus dem Urlaub hinreichend informiert; denn sachlich hat die

Diskussion außer dem aufsehenerregenden Wort Hans Koschnicks von der „Koalitionsfrage“ wenig Neues gebracht.“

Auf die Frage, ob sich aus dem Streit um das Steuerpaket eine Koalitionskrise entwickeln könnte, antwortete der FDP-Vorsitzende Genscher: „Die Lohnsummensteuer muß fallen, denn sie ist eine Arbeitsplatzbestrafungssteuer, die uns Arbeitsplätze kostet.“

Der Streit um die Steuerbeschlüsse der Bundesregierung könnte auch die nordrhein-westfälische SPD/FDP-Koalition ernsthaft belasten und Auswirkungen auf die Wahl des Nachfolgers von Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) am 20. September im Düsseldorfer Landtag haben. Der FDP-Landesvorsitzende, Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer, ließ durchblicken, daß der SPD-Kandidat für die Kühn-Nachfolge (Rau oder Posser) im Landtag möglicherweise nicht auf die 14 FDP-Stimmen rechnen könne, wenn er nicht zuvor klarstelle, daß man an den Bonner Beschlüssen festhalten wolle.

Anlaß für den Riemer-Vorstoß war die harte Kritik des niederrheinischen SPD-Chefs Hans-Otto Bäumer. Bäumer hatte das „nachhaltige“ Bemühen des im Bundesgebiet drittstärksten SPD-Bezirks angekündigt, sowohl den Fortfall der Lohnsummensteuer als auch „den unsozialen Bereich der Einkommensteuerentlastung für Spitzenverdiener so lange offen zu halten, bis eine ausgewogene und für die sozialdemokratischen Wähler glaubwürdige Regelung zustande gebracht worden“ sei.

Riemer warnte den SPD-Koalitionspartner ausdrücklich davor, „die von FDP und SPD gemeinsam getragenen Beschlüsse zur Beseitigung der Ungerechtigkeiten bei der Lohn- und Einkommensteuer zu zerreden“.

Und hier die Meinung der Union

Zur aktuellen Diskussion über die Steuerreform erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Horst Waffenschmidt: „Die Ratlosigkeit der Bundesregierung beim Finanzausgleich an die Gemeinden wegen der Belastungen aus dem Steuerpaket ist inzwischen unerträglich für alle Beteiligten geworden. Inzwischen weiß kein Betroffener mehr, was im Bereich der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer überhaupt geschehen wird oder unterlassen bleibt, weder die Betriebe noch die Gemeinden. Für die Gemeinden ist jetzt höchste Alarmstufe. In diesen Wochen werden Etats für 1979 in den Rathäusern vorbereitet. Investitionsentscheidungen für die nächsten Jahre müssen getroffen werden. Da ist Klarheit notwendiger denn je.“

Friedrich Vogel, MdB, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes und Vorsitzender des CDU-Bezirks „Westfälisches Industriegebiet“ erklärte zum gleichen Thema: „Es darf nicht übersehen werden, daß in den Ruhrgebietsstädten die Einnahmen aus der Lohnsummensteuer einen erheblichen Teil des kommunalen Steueraufkommens ausmachen. Dennoch liegt die Abschaffung der Lohnsummensteuer gerade auch im Interesse der Ruhrgebietsstädte. Die Abschaffung der Lohnsummensteuer bringt nicht nur Einnahmeausfälle, sondern eröffnet dadurch, daß sie die Abhängigkeit der Städte von den Großunternehmen des Kohlenbergbaus und der Stahlindustrie lockert, auch neue Chancen für die Lösung der so drängend gewordenen Strukturprobleme des Reviers. Noch besser wäre es, wenn die politischen Mehrheiten in den Ruhrgebietsstädten sich ändern würden.“

■ KOALITION

FDP-Linke gründeten in Bonn einen „Liberalen Bund“

Unzufriedene FDP-Anhänger haben in Bonn den von ihnen gegründeten „Liberalen Bund“ vorgestellt und ein 103 Thesen umfassendes Manifest erläutert. Manfred Sieg, der Sprecher der Organisation, die sich als „nicht parteienfixierte Arbeitsgemeinschaft“ versteht, erklärte vor Journalisten, man habe bereits Kontakt zu prominenten FDP-Politikern. Er wolle aber Namen ebensowenig nennen wie die bisherige Mitgliederzahl des „Liberalen Bundes“.

Als Anlaß der Gründung nannte Sieg, die Differenz zwischen dem Anspruch der Liberalen und der heutigen Realität. Die Thesen des Kieler FDP-Bundesparteitags bedeuteten praktisch die Aufhebung der Freiburger Thesen der FDP. Joachim Ständer, Mitglied des Bundesvorstands des Liberalen Hochschulverbandes (LHV), vertrat die Ansicht, die FDP sei durch die Beschlüsse des Kiefer Parteitags und nicht vom „Liberalen Bund“ fraktioniert worden. Wie Manfred Sieg sagte, wolle der „LB“ die künstliche Trennung von Liberalismus und Sozialismus überwinden.

Das „Liberalen Manifest“ mit seinen 103 Thesen enthält unter anderem die Forderung nach „basislegitimierter Macht ausübung mit der Möglichkeit, Funktionsträger jederzeit abzuwählen“ sowie nach „Demokratisierung aller sozialen, ökonomischen und politischen Entscheidungsprozesse“. Als erster Schritt sei die „Einführung einer inte-

grierten demokratischen Technologie- und Investitionskontrolle“ nötig. An diesem Manifest haben nach Auskunft von Sieg rund 40 Sympathisanten mitgearbeitet.

Unruhe auch in NRW: Riemer-Versuch gescheitert

Der nordrhein-westfälische FDP-Landesvorsitzende und Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer ist bei dem Versuch gescheitert, ein Treffen von Mitgliedern der Kreisverbände Düsseldorf, Köln und Essen zur Erörterung von Koalitionsproblemen mit der SPD zu unterbinden. Der zu einer Grundsatzdiskussion über die Lage der Partei eingeladene Kreis von rund 50 FDP-Politikern trat in Mönchengladbach zusammen.

Die Einladungen waren unter anderem von dem Düsseldorfer Regierungspräsidenten Achim Rohde unterzeichnet, der ähnlich wie Riemer eine vorherige Festlegung der FDP auf die Koalition mit der SPD in Nordrhein-Westfalen über die Landtagswahl 1980 hinaus ablehnt. Das Einladungsschreiben hatte zu einer Diskussion „ohne Tabus“ aufgerufen und angedeutet, daß die schon für den 20. September festgelegte Wahl eines Nachfolgers für Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) im Düsseldorfer Landtag möglicherweise Chancen zur Verwirklichung von FDP-Vorstellungen biete.

Eppler in der Schußlinie Konflikt mit Offergeld

Die offene Kritik des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rainer Offergeld (SPD), am politischen Kurs des baden-württembergischen SPD-Landesvorsitzenden Erhard Eppler hat unter den Sozialdemokraten des Landes Diskussionen und „große Unru-

he“ ausgelöst. SPD-Landtagsfraktion und -Landesführung berichteten in Stuttgart von zahlreichen Stellungnahmen aus der Parteibasis, die sich mit der Kritik Ooffergelds befaßten. Ooffergeld hatte die Diskussion mit einem Zeitungsinterview mit der „Stuttgarter Zeitung“ ausgelöst, in dem er Eppler die „ständig wiederholte Kritik an Bundeskanzler Schmidt“ vorwarf, die die Solidarität vieler Parteimitglieder strapazierte. Auch Epplers Ansicht zur Koalitionsfähigkeit der „Grünen“ hatte Ooffergeld zurückgewiesen. Eppler wird auch vorgeworfen, daß er seine Kritik an Schmidt und an der Bonner Steuerpolitik nicht vorher mit den Parteidienstleistungen abgesprochen habe.

Nach Ansicht der CDU-Landtagsfraktion zeige der jetzt in der Öffentlichkeit sichtbar gewordene Streit in der Landes-SPD, „wie sehr die Flügel in dieser Partei auseinanderklaffen“. Das „Aufeinander-Einschlagen der Genossen und insbesondere die Kritik an Eppler signalisieren darüber hinaus, daß die SPD auf lange Zeit mit sich selbst beschäftigt sei und keine konkreten Beiträge zur Lösung wichtiger Probleme in der Landespolitik einbringen wird“, erklärte der Sprecher der Fraktion, Matthias Kleinert.

In der SPD haben Arbeiter nichts zu sagen

Der Einfluß von Angehörigen des öffentlichen Dienstes auf die SPD ist größer, als es ihrem Mitgliederanteil nach zu erwarten wäre. Das geht aus einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin über die Mitgliederstruktur der Bundestagsparteien hervor. Die Zahl der Arbeiter in der SPD-Führung geht dagegen in dem Umfang zurück, in dem die Führungsebene steigt.

Hanna-Renate Laurien stellte dazu fest: Was man schon oft gespürt hat, jetzt wird es bestätigt: In der SPD, die sich so gern als „Arbeiterpartei“ ausgibt, haben die Arbeiter nichts zu sagen. Beiträge dürfen sie zahlen, entscheiden nicht. Drei Viertel der Entscheidungsträger der Partei sind Beamte und Angestellte. Je höher die Entscheidungsebene der Funktionäre, desto geringer der Einfluß der Arbeiter. Dies merkt man: ob es um das Streichen der unsinnigen Bildungsabgabe, um die bessere, nicht total verschulte berufliche Bildung geht, oder um verbesserte Vorschriften für die innere Sicherheit unserer Bürger — die Stimme der Praxis setzt sich bei der SPD nicht durch.

SPD-Experte kritisiert Partei-Beschlüsse

Harte Kritik an den gesundheitspolitischen Beschlüssen seiner eigenen Partei hat jetzt der SPD-Bundestagsabgeordnete Fiebig geübt. Er wandte sich unter anderem gegen ein „integriertes System der Gesundheitsversorgung“, weil es die freie Arztwahl beeinträchtige. Die von gewissen SPD-Mitgliedern geforderte „Vergesellschaftung“ des Gesundheitswesens nannte Fiebig einen „totalen Irrweg“. Der SPD-Politiker meinte, nachdem der Kostenanstieg gebremst worden sei, müsse die Gesundheitspolitik gegenüber der Sozialpolitik jetzt endlich wieder stärker in den Vordergrund treten. Fiebig ist gesundheitspolitischer Obmann der SPD-Fraktion im Bundestag. Der Sozialdemokrat äußerte sich in einem Interview mit der Zeitschrift „Medikament und Meinung“, die vom Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie herausgegeben wird.

■ JUNGE GENERATION

Sieben-Punkte-Programm wurde im Bundestag eingebracht

Die CDU/CSU-Fraktion hat ihren Antrag zu den Zukunftschancen der jungen Generation im Bundestag eingebracht. Dazu stellen der Vorsitzende des Arbeitskreises der Fraktion für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Anton Pfeifer, der Obmann im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, Volker Rühe und die stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe für berufliche Bildung, Dorothea Wilms, MdB, folgendes fest:

Viele junge Menschen haben heute den Eindruck und auch die Erfahrung gemacht, daß ihre Zukunftschancen unsicher geworden sind. Das betrifft vor allem die Bildungschancen der Schüler, die Studienmöglichkeiten der Abiturienten sowie die Bildungs- und Berufsmöglichkeiten der Jugendlichen, die eine berufliche Fachausbildung in Schule und Betrieb erhalten wollen. Die unsozialen Folgen unzureichender Ausbildung, der Zulassungsbeschränkung an den Hochschulen und der Jugendarbeitslosigkeit sind in ihrer Brisanz von der SPD/FDP-Bundesregierung nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannt, geschweige denn mit politischen und langfristigen konzeptionalen Maßnahmen beantwortet worden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält es angesichts dieser Entwicklung für unbefriedigend, daß die Bundesregie-

rung im Herbst im Bundestag einer Behandlung dieser, die junge Generation wirklich belastenden Zukunftsperspektiven ausweichen und statt dessen ihren Streit mit den Ländern über die künftige Kompetenzverteilung im Bildungswesen weiter verschärfen will. Dieser Streit ist als Antwort auf die berechtigten Sorgen der jungen Menschen um ihre Lebenschancen völlig nutzlos. Die junge Generation erwartet zu Recht, daß ihre Probleme in Bildung und Beruf und das Bemühen um deren Lösung im Mittelpunkt der Bildungspolitik stehen.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU zu den „Zukunftschancen der jungen Generation“ setzt die Reihe konkreter Vorschläge der Union zur Lösung dieser Probleme fort:

Anhörungsverfahren und Kongreß der CDU am 22. Juni und am 21./22. Oktober 1977 mit zahlreichen Sachverständigen zu dem Problembereich Zukunftschancen der jungen Generation.

Vorschläge der Jungen Union Deutschlands vom 20./21. Mai 1978 zum gleichen Thema und

— das Programm der CDU-Bundespartei „Der Weg in eine gesicherte Zukunft“ (12. Juni 1978).

Die wichtigsten Maßnahmen zur Verbesserung der Zukunftschancen der jungen Generation im Antrag der CDU/CSU sind:

① Einordnung der Bildungspolitik in den politischen Gesamtrahmen mit dem Ziel, die Grundlinien der Bildungs-, Wirtschafts-, Forschungs-, Technologie- und Arbeitsmarktpolitik in Übereinstimmung zu bringen. Dieser Zusammenhang, der im Ressortegoismus verloren gegangen ist, muß wiederhergestellt werden (z. B. Auswirkungen der Facharbeiterlücke).

② Aufforderung an die Bundesregierung, mit den ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten, das Instrument der Bedarfsprognose nach Zahl, Qualifikationshöhe und fachlicher Spezialisierung und das System der Bildungs- und Berufsberatung auszubauen, damit den jungen Menschen eine richtig orientierte Bildung ermöglicht wird, die in eine adäquate Berufschance mündet.

③ Das Laufbahnrecht im öffentlichen Dienst muß im Rahmen des Artikels 33 des Grundgesetzes den differenzierten Bildungsgängen und Bildungsqualifikationen in flexibler Weise entsprechen. Berufseinstieg, Aufstieg und Beförderungen müssen leistungsgerecht sein. Die Berufs- und Laufbahnstrukturen müssen durchlässiger gestaltet sein. Diejenigen, die eine ausgeprägt praxisorientierte Ausbildung erworben haben und sich in der Berufspraxis bewährt haben, sollen gegenüber Hochschulabsolventen prinzipiell nicht durch Berufs- und Laufbahnschranken benachteiligt werden. Die Bildungsabschlüsse sollen die Zuordnung zu den Laufbahn- und Besoldungsordnungen im öffentlichen Dienst nicht allein bestimmen. Notwendig ist ein flexibles, leistungsorientiertes Auswahlverfahren als sinnvolle Ergänzung. Die Qualifikation im Beruf ist bei der Entscheidung über Berufs-, Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeit stärker zu berücksichtigen.

④ Detaillierte Vorschläge zum Ausbau

der Forschungs- und Technologiepolitik zu einem Instrument, das wesentliche Beiträge zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation leistet (Aufbau neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze, Förderung der betrieblichen Forschung und Technologie, z. B. durch Steuererleichterungen, gezielte Förderung der Grundlagen- und Hochschulforschung).

⑤ Gezielt differenzierter Ausbau der Hochschulen, damit jeder dafür Qualifizierte eine Ausbildung an der Hochschule ermöglicht bekommt (Überlastquoten und zusätzliche Mittel in Engpaßbereichen). Daneben Ausbau von adäquaten Ausbildungsgängen im beruflichen Bildungswesen als Alternative zum Hochschulstudium.

⑥ Verwirklichung der zahlreichen konkreten Vorschläge der CDU/CSU zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Verbreiterung der Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche (Bundestagsdrucksachen 8/439 und 8/1758). Ferner: Unverzüglicher Abbau der Ausbildungshemmisse in den Betrieben, schnelle Entwicklung von Ausbildungsordnungen in besonders zukunftsorientierten Berufen und Branchen, Initiativen der Bundesregierung für die schnelle und mit den Rahmenplänen abgestimmte Entwicklung von Ausbildungsordnungen für das kooperative Berufsgrundbildungsjahr.

⑦ Katalog von Vorschlägen zur speziellen Förderung von leistungsschwachen, noch nicht berufsreifen und behinderten Jugendlichen sowie Kindern ausländischer Arbeitnehmer, damit ihnen durch besonders bildungs- und berufsfördernde Maßnahmen eine gute Bildung in Schule und Beruf ermöglicht wird.

■ STRUKTURPOLITIK

Strukturschwache Räume wurden bisher sträflich vernachlässigt

Berlin, das Zonenrandgebiet und andere strukturschwache Räume müssen nach Ansicht der CDU in dieser Rangfolge besonders gefördert werden. So steht es in den „Thesen zur Strukturpolitik in einer freien Gesellschaft“, die der Vorsitzende im Bundesfachausschuß Strukturpolitik der CDU, Dieter Schulte, in Bonn vorlegte.

Durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre droht das Gefälle zwischen den Ballungsgebieten und den strukturschwachen Zonen in der Bundesrepublik Deutschland noch größer zu werden. Investitionen in den strukturschwachen Gebieten sind ins Stocken geraten, die Arbeitslosigkeit ist seit Jahren überdurchschnittlich hoch. Darüber hinaus wurde die regionale Strukturpolitik ein Opfer der Finanznot der öffentlichen Haushalte. Dies wird noch dadurch erschwert, daß die Bundesregierung aus ideologischen Gründen die Ballungszentren zum alleinigen Schwerpunkt ihrer politischen Aktivitäten macht und die Gleichwertigkeit der Räume außerhalb der Ballungszonen nicht anerkennen will.

Die CDU kann keiner politischen Strategie zustimmen, die den strukturschwachen Raum benachteiligt. Gerade in Zeiten der Rezession bedarf es verstärkter Anstrengungen, um eine Vergrößerung des Abstandes zu wirtschaftlich stärkeren Gebieten zu verhindern.

Die Schließung von Filialen von Großbetrieben aus dem Ballungsraum, der Rückzug also der „verlängerten Werkbank“ aus dem strukturschwachen Raum hat oft um Jahre zurückgeworfen. Die CDU will deshalb zusätzliche Instrumente schaffen, um die wirtschaftsschwachen Gebiete attraktiver zu machen.

In ihren „Thesen zur Strukturpolitik in einer freien Gesellschaft“, insbesondere zur Raumordnungs-, Regional-, Verkehrs- und Zonenrandpolitik, verlangt die CDU:

- ① Dem ländlichen Raum muß eine eigenständige und nicht lediglich eine von den Ballungsgebieten abgeleitete Bedeutung zugemessen werden. Der ländliche Raum muß neben einer leistungsfähigen Landwirtschaft generell auch über eine angemessene Wirtschaftskraft verfügen.
- ② Neben dem bisherigen Instrumentarium muß eine gezielte Mittelstandspolitik dafür sorgen, daß Existenzien in wirtschaftsschwachen Räumen gegründet werden bzw. erhalten bleiben, weil sich der mittelständische Betrieb auch in Zeiten der wirtschaftlichen Krise nicht aus dem Fördergebiet zurückzieht.
- ③ Eine stärkere Förderung des regional bedeutsamen Dienstleistungssektors. Die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen muß ausdrückliches Ziel der Regionalpolitik sein.

- ④ Die öffentliche Hand muß bei ihren Standortentscheidungen Verwaltungen, Forschungseinrichtungen, Kliniken, Rehabilitationszentren verstärkt in strukturschwache Räume legen. Bei organisatorischen Änderungen im Aufbau staatlicher Unternehmen (Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost ...) sind die Auswirkungen auf die strukturschwachen Gebiete zu beachten.
- ⑤ Die Mittel für die Förderung des Wohnungsbaus und der Dorfsanierung sollen bevorzugt in strukturschwache Gebiete fließen.
- ⑥ Die Verkehrspolitik darf der regionalen Wirtschaftspolitik nicht zuwiderlaufen, sondern muß sie unterstützen. Mehr Flexibilität im Straßenbau, insbesondere angesichts vieler blockierter Vorhaben im Ballungsraum, wird den strukturschwachen Gebieten zugute kommen. Die Entscheidung über Streckenstilllegungen bei der Bundesbahn ist an den strukturpolitischen Auswirkungen zu messen. Im öffentlichen Personennahverkehr ist als Sofortmaßnahme mehr Durchlässigkeit zwischen dem allgemeinen Linienverkehr, den besonderen Formen des Linienverkehrs und dem freigestellten Schülerverkehr zu schaffen. Für den Fall einer Änderung der steuerlichen Belastung des Autofahrers muß gewährleistet sein, daß die ohnehin höheren Kosten einer größeren Entfernung zum Arbeitsplatz nicht noch weiter ansteigen.
- ⑦ Die CDU tritt für folgende Rangordnung der Förderpräferenzen ein: 1. Berlin, 2. Zonenrandgebiet, 3. sonstige strukturschwache Gebiete.

Helmut Kohl 30mal im Einsatz in Hessen

Mit „schwerem Wahlkampf-Geschütz“ wird die hessische CDU im bevorstehenden Wahlkampf für die am 8. Oktober stattfindende Landtagswahl auffahren. Wie Landesgeschäftsführer Manfred Kanther mitteilte, wird Helmut Kohl zwischen dem 14. September und 6. Oktober insgesamt 30 Wahlkampfeinsätze bestreiten. Kanther teilte weiter mit, daß Alfred Dregger rund 100 Wahlkampfeinsätze haben werde.

Der Vorsitzende der Christlich-Sozialen Union, Franz Josef Strauß, wird am 24. September zu einer zweiten „Hessen-Tournee“ erwartet. Jeweils sieben Kundgebungen bestreiten Bundestagspräsident Karl Carstens und der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht. Ein halbes dutzendmal geben Rainer Barzel und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg eine Wahlkampfvorstellung in Hessen. Walther Leisler Kiep, Finanzminister von Niedersachsen und Bundesschatzmeister der Partei, hat insgesamt acht Termine zugesagt. Rund ein Dutzend Einsätze hat der stellvertretende Bundesvorsitzende und westfälische Landesvorsitzende Kurt Biedenkopf.

Zu einem Höhepunkt des Wahlkampfes soll eine Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg werden, die am Freitag, dem 15. September, stattfindet. Dabei werden Helmut Kohl, Karl Carstens, Alfred Dregger und der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann sprechen.

■ SCHWARZARBEIT

SPD und FDP machen Rückzieher

Die Bundesregierung hat nun in der Frage der Bekämpfung der Schwarzarbeit nach monatelangem Zögern die Katze aus dem Sack gelassen. Sie hält ein „koordiniertes Vorgehen“ aller Behörden für wirksamer als ein schärferes Gesetz, wie es die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits vor neun Monaten vorgelegt hat.

Der gegenwärtig zu beobachtende Trend, daß Schwarzarbeit konsequenter und schneller von den Gerichten verfolgt wird, kann aber keine Begründung dafür sein, eine überfällige Gesetzesnovellierung ad acta zu legen, stellte MdB Heinz F. Landré dazu fest: Die augenblickliche Bußgeldwelle in Sachen Schwarzarbeit wird — wie manche Erfahrung lehrt — nur von begrenzter Dauer sein. Sie kann nur als Folge eines zur Zeit geänderten öffentlichen Bewußtseins verstanden werden, dessen Ursprung eben in der Diskussion um ein schärferes Gesetz liegt. Auch die SPD/FDP-Koalition hatte sich — wenn auch in anderer Form — für ein besser anwendbares Gesetz ausgesprochen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat dazu vorgeschlagen, das Tatbestandmaterial „aus Gewinnsucht“ ersatzlos zu streichen und den Begriff „Nachbarschaftshilfe“ gesetzlich zu präzisieren. Für uns gibt es keinen Anlaß, diesen Standpunkt zu ändern, während die Koalition offensichtlich bei der Schwarzarbeiterbekämpfung einen Rückzieher machen

will. Noch im November vergangenen Jahres hatte gerade die FDP durch ihre Abgeordneten Gattermann und Wurbs erklären lassen, daß „eine Novellierung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit dringend geboten“ sei. Sie muß sich heute fragen lassen, warum ihre damaligen Erkenntnisse plötzlich nicht mehr gelten sollen. Oder muß sie wieder einmal ihre Vorstellungen dem Druck aus den Reihen des Koalitionspartners opfern?

Es ist ein Trugschluß zu glauben, mit einem koordinierten Vorgehen aller Behörden Schwarzarbeit konsequent zu ermitteln und verfolgen zu können. Offensichtlich zieht die Koalition auch in dieser Frage wieder einmal die Aufblähung des Beamten- und Bürokratieapparates einer konkreten Gesetzesverbesserung vor.

Hier zeigt sich, daß die von der Schwarzarbeit ausgehenden Gefahren von ihr immer noch nicht erkannt worden sind. Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt. Das Volumen der Scharzarbeit wird jährlich auf 30 Milliarden Mark geschätzt; dadurch gehen dem Staat und der Sozialversicherung Steuern und Abgaben in Höhe von etwa 8,5 Milliarden Mark pro Jahr verloren. Die Bundesregierung muß sich den Vorwurf gefallen lassen, diese Zahlen nicht ernst zu nehmen. Die CDU/CSU-Fraktion dagegen wird sofort nach Beendigung der Sommerpause auf eine schnelle Verabschiedung des Gesetzes gegen die Schwarzarbeit drängen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGLANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 DX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Von Gaus preisgegeben

Die westdeutschen Fernsehnachrichten am Mittwochabend (23. August 1978) müssen den Ost-Berliner Behörden Freude bereitet haben. Denn deutlicher hätte es der Leiter der Bonner Ständigen Vertretung, Staatssekretär Gaus, nicht sagen können, daß ihre Einschüchterung der westdeutschen Korrespondenten gänzlich folgenlos bleiben wird. Auch die Vorzensur, die sie über einen ARD-Korrespondenten verhängten — ein klarer Verstoß gegen die deutsch-deutsche Vereinbarung über die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten vom 8. November 1972 —, wird die laufenden Verkehrsverhandlungen zwischen Gaus und dem stellvertretenden DDR-Außenminister Nier nicht stören. Mit dieser Zusicherung in der Tasche, können die Informationspolitiker der SED auf die nächsten Anschläge gegen freiere Information und Berichterstat-

tung sinnen; ursprünglich war das ein Grundpfeiler des innerdeutschen Vertragsverhältnisses. Es läßt sich verstehen, daß die Bundesregierung nur ungern Verhandlungen überschattet sieht, die wegen des Vorliegens von beiderseitigem Interesse und Bonner Zahlungswillen aussichtsreich sind. Ob aber die zeitsparende Autobahn nach Hamburg und der offene Teltow-Kanal den Verzicht auf den Kampf um die geringe Informationsfreiheit, die 1972 erstritten wurde, wert sind, ist eine erregende Frage.

FAZ, 25. August 1978

Desillusionierend ist hierbei vor allem die Tatsache, daß die Spitzenfunktionäre der SED nicht einmal versuchen, ihre freiheitsfeindliche Aktion zu tarnen, sondern trotz mehr oder minder scharfer Proteste der Bundesregierung den massiven Eingriff in vertraglich zugesicherte Rechte vom stellvertretenden Außenminister der DDR, Kurt Nier, gutheißen ließen. Von Herrn Gaus, dem Ständigen Vertreter Bonns in Ost-Berlin, hörte man dagegen wenig, nach seinem Gespräch mit Nier gar nichts.

Münchener Merkur, 25. August 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argyllstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD